



## Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

**Titel:** **Beantwortung der Interpellation Nr. [2011-251](#) von Georges Thüring, SVP-Fraktion, betreffend steigende Kriminalitätsrate, schwere Gewaltdelikte**

Datum: 22. November 2011

Nummer: 2011-251

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



## Vorlage an den Landrat

**betreffend Beantwortung der Interpellation Nr. [2011-251](#) von Georges Thüring, SVP-Fraktion, betreffend steigende Kriminalitätsrate, schwere Gewaltdelikte**

vom 22. November 2011

Am 8. September 2011 reichte Georges Thüring die Interpellation betreffend steigende Kriminalitätsrate, schwere Gewaltdelikte ein, die folgenden Wortlaut hat:

*" Eine von der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS) in Auftrag gegebene Studie (Schweizerische Opferbefragung 2011), die am 30. August 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, zeigt, dass die Kriminalitätsrate in unserem Land deutlich gestiegen ist. So hat es in den vergangenen fünf Jahren in unserem Land mehr Einbrüche sowie mehr Gewalt und Drohungen gegeben. Im Besonderen wird auch eine markante Zunahme von organisierter Bandenkriminalität festgestellt.*

*Wörtlich stellt die KKPKS in ihrer Mitteilung fest:*

*"Hatte die Schweiz 1988 noch die tiefste Kriminalitätsrate, hat sich heute das Niveau der Kriminalität weitgehend den Verhältnissen im übrigen Europa angeglichen."*

*Ich lade den Regierungsrat ein, nachstehend aufgeführte Fragen schriftlich zu beantworten:*

- 1. Welche Schlussfolgerungen zieht der Regierungsrat aus dieser Studie?*
- 2. Liegen Detail-Erkenntnisse hinsichtlich der Situation und Entwicklung im Kanton Basel-Landschaft vor? Wenn ja, wie sehen diese aus?*
- 3. Wie gedenkt der Regierungsrat auf diese besorgniserregende Entwicklung zu reagieren?*
- 4. Wie stellt sich der Regierungsrat zu folgenden Forderungen:  
– Das Strafrecht ist zu verschärfen.  
– Für schwere Gewalttaten ist das Mindeststrafmass zu erhöhen.  
– Das Jugendstrafrecht ist zu verschärfen: Senkung des Mindestalters für einen Freiheitsentzug, Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bereits ab 16 Jahren bei schweren Delikten.*
- 5. Ist der Regierungsrat gewillt darauf hinzuwirken, dass wieder konsequent Grenzkontrollen stattfinden, um den Kriminaltourismus einzudämmen?*

*Für eine rasche Beantwortung dieser Interpellation danke ich dem Regierungsrat."*

***Der Regierungsrat beantwortet die Fragen wie folgt:***

Frage 1:

*Welche Schlussfolgerungen zieht der Regierungsrat aus dieser Studie?*

*Antwort des Regierungsrates:*

Das Resultat der Opferbefragung ist für die Polizei keine Überraschung und sie wird deshalb auch weiterhin Gewaltdelikte im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Ressourcen *prioritär* behandeln.

Frage 2:

*Liegen Detail-Erkenntnisse hinsichtlich der Situation und Entwicklung im Kanton Basel-Landschaft vor? Wenn ja, wie sehen diese aus?*

*Antwort des Regierungsrates:*

Für Kantone und Gemeinden hätte die Möglichkeit bestanden, eine Vertiefungsstudie durchführen zu lassen. Von dieser Möglichkeit wurde im Kanton Basel-Landschaft jedoch nicht Gebrauch gemacht. Die Entwicklung der Kriminalität im Kanton Basel-Landschaft wird jedoch im Rahmen der jährlich erstellten Kriminalstatistik

([http://www.baselland.ch/kriminallage\\_main-htm.273893.0.html](http://www.baselland.ch/kriminallage_main-htm.273893.0.html)) dargestellt.

Frage 3:

*Wie gedenkt der Regierungsrat auf diese besorgniserregende Entwicklung zu reagieren?*

*Antwort des Regierungsrates:*

Die Polizei Basel-Landschaft setzt im Rahmen ihrer Ressourcen und anhand der Kriminalitätsentwicklung laufend Prioritäten.

Frage 4:

*Wie stellt sich der Regierungsrat zu folgenden Forderungen:*

- Das Strafrecht ist zu verschärfen.*
- Für schwere Gewalttaten ist das Mindeststrafmass zu erhöhen.*
- Das Jugendstrafrecht ist zu verschärfen: Senkung des Mindestalters für einen Freiheitsentzug, Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bereits ab 16 Jahren bei schweren Delikten.*

*Antwort des Regierungsrates:*

Potentielle Straftäter werden nicht durch Strafandrohungen von ihren Taten abgehalten (in der Regel sind ihnen diese überhaupt nicht bekannt), sondern viel eher von einer hohen Wahrscheinlichkeit, von den Strafbehörden (Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte) erwischt, belangt und schliesslich verurteilt zu werden. Aus diesem Grunde sind nicht primär abstrakte Strafandrohungen zu erhöhen, sondern konkret und vorrangig die Mittel und Möglichkeiten der Strafbehörden zu verbessern.

Frage 5:

*Ist der Regierungsrat gewillt darauf hinzuwirken, dass wieder konsequent Grenzkontrollen stattfinden, um den Kriminaltourismus einzudämmen?*

*Antwort des Regierungsrates:*

Die höchsten Einbruchszahlen wies der Kanton Basel-Landschaft in den Jahren 1997 bis 2000 mit jeweils über 2000 Einbrüchen pro Jahr auf. In den letzten 6 Jahren hat sich die Zahl der Einbrüche dagegen unter dem langjährigen Mittelwert von rund 1800 Einbrüchen pro Jahr bewegt. Aus diesem Grund ist eine direkte Verknüpfung zwischen den weggefallenen Grenzkontrollen und den Einbruchszahlen nicht erkennbar. Im Bereich der Gewaltdelikte sind zwar mit 42 % der Täter Ausländer überproportional vertreten. Dabei handelt es sich jedoch in 82 % um niedergelassene Personen. Eine Änderung der Grenzkontrolle ist deshalb auch unter diesem Aspekt nicht zielführend.

Liestal, 22. November 2011

Im Namen des Regierungsrates:

der Präsident:

Zwick

der Landschreiber:

Achermann